

# Niederschrift

## RAT/VII/42

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 30.04.2009 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Branse, Martin  
Everding, Clara  
Fedder, Ralf  
Fliß, Thomas  
Haßler, Christa  
Hemker, Leo  
Isfort, Mechthild  
Kuhl, Horst  
Löchtefeld, Klaus  
Mensing, Hartwig  
Newman, Claudia  
Niehues, Hubert  
Reints, Hermann  
Riermann, Günter  
Rottmann, Josef  
Schenk, Klaus  
Schröer, Martin  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Weber, Winfried  
Wünnemann, Werner

anwesend ab TOP 5 ö.S.

### Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Wellner, Norbert	Fachbereichsleiter
Roters, Dorothea	Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

### Die Ratsmitglieder

Henken, Theodor  
Neumann, Michael

Tendahl, Ludgerus

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:30 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie die Vertreterin der Allgemeinen Zeitung, Frau Dircks. Er stellte fest, dass mit Einladung vom 21. April 2009 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 43. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick (Bereich "Schlattkamp")**

hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Feststellungsbeschluss**

**Vorlage: VII/830**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Fachausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/830 beigefügten Empfehlungen wird zugestimmt.

Die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick (Bereich „Schlattkamp“) mit dazugehöriger Begründung einschließlich Umweltbericht wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **3 42. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick (Bereich "Eichenkamp II")**

hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Feststellungsbeschluss**

**Vorlage: VII/829**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Fachausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der der Sitzungsvorlage Nr. VII/829 beigefügten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick (Bereich „Eichenkamp II“) mit dazugehöriger Begründung einschließlich Umweltbericht wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 4 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Eichenkamp II" im Ortsteil Osterwick**  
hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**  
**Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss**  
gemäß § 10 BauGB  
Vorlage: VII/831

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Fachausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/831 beigefügten Empfehlungen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Eichenkamp II“, Ortsteil Osterwick, mit dazugehöriger Begründung einschließlich Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

*Ratsmitglied Wünnemann nahm ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil.*

- 5 **3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "2. Erweiterung Gewerbegebiet Eichenkamp" im Ortsteil Osterwick**  
hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**  
**Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss**  
gemäß § 10 BauGB  
Vorlage: VII/828

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Fachausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der der Sitzungsvorlage Nr. VII/828 beigefügten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "2. Erweiterung Gewerbegebiet Eichenkamp", Ortsteil Osterwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - jeweils in der zurzeit geltenden Fassung - entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/828 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage "Jägerbrock" im Ortsteil Osterwick zum Zwecke der Schaffung einer Parkplatzanlage  
Vorlage: VII/832**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, wozu allerdings aus Zeitgründen das Protokoll noch nicht vorläge. Im Fachausschuss sei großes Verständnis für das Anliegen des Reitervereins Osterwick geäußert worden, allerdings habe man aufgrund der schlechten Finanzlage der Gemeinde Rosendahl diesem Wunsch nicht entsprechen können und den Beschlussvorschlag einstimmig ablehnend formuliert.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 10.000 € für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage „Jägerbrock“ zum Zwecke der Schaffung von Parkmöglichkeiten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Antrag des Reit- und Fahrvereines Darfeld auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung des Aufenthaltsraumes in der Reithalle Darfeld  
Vorlage: VII/833**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

In diesem Fall habe eine dem vorangegangenen TOP vergleichbare Sachlage vorgelegen, auch wenn es sich um eine geringere Zuschusshöhe handele. In diesem Fall habe der Fachausschuss ebenfalls eine einstimmige Ablehnung formuliert.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die Gewährung eines einmaligen Zuschusses an den Reit- und Fahrverein Darfeld e.V. aus gemeindlichen Eigenmitteln für die Erneuerung der Glasfront zur Reithalle wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

**8 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2009 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke  
Vorlage: VII/834**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Fachausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die derzeitigen Bedingungen für die Vergabe der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke gelten für den Zeitraum vom 01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 fort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

**9 Mitteilungen**

**9.1 Aktualisierung des Sitzungskalenders**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass ein aktualisierter Sitzungskalender vorläge, der eine Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 27.05.2009, eine 2. Zweckverbandsversammlung Verbundschule am 09.06.2009 sowie eine Sitzung des Wahlausschusses in den Sommerferien am 15.07.2009 vorsähe.

Bezüglich der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses teilte er mit, dass der Jahresabschluss 2006 voraussichtlich in der nachfolgenden Woche vorläge und demnächst mit der Einladung an alle Ratsmitglieder verschickt würde, sodass genügend Zeit zur Vorbereitung der Sitzung verbleibe. Allerdings müsse er darauf hinweisen, dass die Wirtschaftsprüferin, Frau Hahne, aus Termingründen an dieser Sitzung nicht teilnehmen können.

Ausschussvorsitzender Schröder teilte daraufhin mit, dass er großen Wert auf die Anwesenheit von Frau Hahne lege.

Daraufhin schlug Bürgermeister Niehues vor, in Abstimmung mit Frau Hahne und mit dem Ausschussvorsitzenden einen neuen Termin im Monat Juni zu suchen. An-

schließlich würde umgehend ein neuer Sitzungskalender erstellt und nachgereicht.

Außerdem erkundigte sich Bürgermeister Niehues, ob die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 14.05.2009 entfallen könne, da nur ein einziger Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung stehen werde. Zudem müssten aus zeitlichen Gründen drei Beschlüsse ohne Vorberatung im Fachausschuss unmittelbar in der Sitzung des Rates am 28.05.2009 gefasst werden. Dieser Vorschlag wurde zustimmend angenommen.

Hinweis:

Der aktualisierte Sitzungskalender wurde zwischenzeitlich allen Mitgliedern des Rates und der Ausschüsse am 06.05.2009 zugeschickt.

## 9.2 Planungen für eine Querungshilfe im Bereich der B 474 in Holtwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass anlässlich der Kirmes in Holtwick am letzten Aprilwochenende am Informationsstand der Verkehrswacht Pläne für eine mögliche Querungshilfe im Bereich der B 474 vorgestellt worden seien. Er erläuterte diese Planungen ausführlich. Eine entsprechende Zeichnung ist der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt. Der unterbreitete Vorschlag sei sehr geeignet, die Verkehrssicherheit zu verbessern, und könne noch in 2009 im Rahmen der Deckensanierungsarbeiten auf der B 474 realisiert werden.

Ratsmitglied Haßler regte an, für die Radfahrer in diesem Bereich anstelle eines Vorfahrt-Achten-Schildes ein Stop-Schild anzubringen, da letzteres möglicherweise mehr Beachtung fände.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diese Anregung weiterzuleiten.

Ratsmitglied Fedder äußerte die Auffassung, dass eine Querungshilfe in dem betreffenden Bereich sinnvoll sei, der Radweg jedoch überflüssig, da er nicht genutzt werde. Die im Plan abgebildete einzubauende Schleppkurve solle so gestaltet werden, dass diese zum Abbremsen des Verkehrs geeignet sei.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass sicherzustellen sei, dass auch LKW-Fahrzeuge hier abbiegen könnten.

Ratsmitglied Wünnemann erinnerte an die Problematik mit der Ampelanlage an der B 474.

Fraktionsvorsitzender Mensing regte an, zur nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses einen Vertreter der Polizei einzuladen. Außerdem seien noch andere Planungsvarianten in Holtwick vorgestellt worden, die dann beraten werden könnten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die anderen Varianten wegen der Eigentumsverhältnisse nicht realisierbar seien. Sobald sich die Planungen konkretisieren würden, sei eine Beratung im Fachausschuss vorgesehen.

Ratsmitglied Schenk wies darauf hin, dass seitens der Polizei nur ein Vorschlagsrecht ausgeübt werden könne. Letztlich entscheide der Baulastträger über die Realisierung.

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte nach, warum dieses Thema nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Einladung zur Ratssitzung bereits verschickt gewesen sei, die Pläne aber in Holtwick zwischenzeitlich vorgestellt worden seien. Daher sei es sein Ansinnen gewesen, den Rat unverzüglich über den Sachstand zu informieren.

### **9.3 Genehmigung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass mit Schreiben vom 20. April 2009 seitens der Bezirksregierung Münster die Genehmigung der Gründung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl angekündigt worden sei. Das entsprechende Schreiben ist der Niederschrift als **Anlage II** beigelegt.

### **9.4 Zuwendungsbescheid für den Bau einer Mensa aus dem 1.000-Schulen-Programm**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass mit Schreiben der Bezirksregierung vom 24. März 2009, eingegangen am 01.04.2009, der Zuwendungsbescheid für den Bau der Mensa aus dem 1.000-Schulen-Programm eingegangen sei. Die Zuwendung belaufe sich auf 100.000 € als Projektförderung im Rahmen der Anteilfinanzierung von 50 % zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 186.466 € für den Bau der Mensa an der Verbundschule.

### **9.5 Rückerstattung zuviel gezahlter Mehrwertsteuer für die Herstellung von Wasserhausanschlüssen**

Bürgermeister Niehues bezog sich auf eine Anfrage von Fraktionsvorsitzendem Mensing in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 23.04.2009 und teilte mit, dass die Rückerstattung zuviel gezahlter Mehrwertsteuer für die Herstellung von Wasserhausanschlüssen (16%-19% statt 7%) im Laufe des Monats Mai 2009 erfolgen werde.

## **10 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GesChO**

### **10.1 Gestaltung des Kreisverkehrs in Osterwick - Herr Kuhl**

Ratsmitglied Kuhl fragte nach, warum die im Osterwicker Kreisverkehr eingepflasterte Trikolore, die auf die Partnergemeinden in Frankreich hingewiesen hätte, wieder entfernt worden sei.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass die aus kleinen Steinen angefertigte Trikolore aufgrund von Vandalismus beschädigt worden sei. Sie würde aber in den nächsten Tagen auf eine Weise, die eine Zerstörung durch Vandalismus nicht mehr möglich mache, neu hergerichtet.

## **10.2 Gesetzliche Fristen im Genehmigungsschreiben des Kreises Coesfeld zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Gemeinde Rosendahl - Herr Branse**

Fraktionsvorsitzender Branse erkundigte sich, was der Hinweis auf die gesetzlichen Fristen in dem der letzten Ratsniederschrift als Anlage I beigefügten Genehmigungsschreiben des Kreises Coesfeld zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Gemeinde Rosendahl zu bedeuten habe.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass seitens der Gemeinde Rosendahl die gesetzliche Frist zur Vorlage des Jahresabschlusses nicht eingehalten werden könne. Dieses sei dem Kreis aber bekannt. Tatsächlich sei der Jahresabschluss 2006 bereits im Frühjahr vorgelegt worden, allerdings sei die Prüfung bis dato noch nicht abgeschlossen gewesen. Seit einem Jahr sei der Jahresabschluss im Prüfungsverfahren gewesen.

Auf weitere Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Branse nach der einschlägigen gesetzlichen Regelung verwies Kämmerer Isfort auf die Vorschriften nach der Gemeindeordnung NRW.

## **10.3 Teilnahme an der Aktion "Barrierefreies Wohnen" - Frau Everding**

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, ob die Gemeinde Rosendahl ebenso wie die Stadt Billerbeck an der von Studenten durchgeführten Befragungsaktion „Barrierefreies Wohnen“ teilnähme. Sie habe von einer behinderten Person in Osterwick erfahren, dass diese keinen Fragebogen erhalten habe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Befragungsaktion Teil des LEADER-Projektes sei, an der alle Baumberge-Gemeinden teilnähmen. Sollte jemand bei der Befragung vergessen worden sein, wäre er für einen Hinweis dankbar. Dann könne der Fragebogen auf Wunsch weitergegeben werden. Allerdings wisse er nicht, ob diese Angaben noch in das Ergebnis einfließen könnten, da die Aktion abgeschlossen sei.

Bei dieser Gelegenheit wies Bürgermeister Niehues auf die am 10. Mai 2009 in Coesfeld stattfindende Auftaktveranstaltung hin, zu der alle Ratsmitglieder eine Einladung erhalten hätten.

#### 10.4 Nachfrage zum Sachstand der Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering - Herr Söller

Ratsmitglied Söller bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 15.3 ö.S. in der Niederschrift der letzten Ratssitzung am 26.03.2009, in dem der Sachstand zur Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering thematisiert worden war.

Er fragte nach, ob die von Herrn Isfort gegenüber dem Verwaltungsgericht abgegebene schriftliche Aussage dem Rat zur Verfügung gestellt werden könne.

Bürgermeister Niehues sagte zu, die Stellungnahme von Herrn Isfort als **nichtöffentliche** Anlage der Niederschrift beizufügen (siehe **Anlage III**).

Weiterhin erkundigte sich Ratsmitglied Söller, wie im weiteren Verfahren damit umgegangen werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass das weitere Verfahren noch offen sei. Der Anwalt führe das Verfahren im Auftrag der Gemeinde, dessen Einschätzung sei abzuwarten.

Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Söller, ob das betreffende Schreiben des Gerichts ebenfalls dem Rat zur Verfügung gestellt werden könne, wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass er hierüber zunächst Rücksprache mit dem Anwalt halten müsse, da dieser für das Verfahren zuständig sei.

Sodann fragte Ratsmitglied Söller nach, wessen weitere Aussagen noch erforderlich seien, wer dieses bestimme und wem gegenüber Aussagen gemacht würden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der zuständige Richter entscheide, ob weitere Aussagen notwendig seien und dieser dann auch gegebenenfalls die Aussagen anfordere.

Anschließend erkundigte sich Ratsmitglied Söller nach dem genauen Inhalt des Schriftverkehrs mit dem Gemeindeversicherungsverband (GVV) und fragte nach, ob auch dieses Schreiben dem Rat zur Verfügung gestellt werden könnten.

Bürgermeister Niehues sagte zu, das Schreiben des GVV, in dem mitgeteilt worden sei, dass der GVV das Ergebnis des Verfahrens abwarten wolle, ebenfalls als **nichtöffentliche** Anlage der Niederschrift beizufügen (**Anlage IV**).

Ratsmitglied Söller fragte ergänzend, wer dem GVV gegenüber Stellungnahmen abzugeben habe.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es möglich sei, dass der GVV weitere Stellungnahmen einholen wolle, er dies jedoch nicht abschließend beantworten könne, da er nicht selbst am Verfahren beteiligt sei, sondern nur Aufträge ausführe. Der Ausgang des Verfahrens sei abzuwarten.

Ratsmitglied Söller wies darauf hin, dass bereits viel Zeit vergangen sei und das Verfahren möglichst bald abgeschlossen werden sollte.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er auf die Dauer des Verfahrens keinen Einfluss habe und wies auf die zeitliche Überlastung der Gerichte hin.

Ratsmitglied Reints ergänzte die Ausführungen mit dem Hinweis auf seine eigenen Erfahrungen in der Vergangenheit im Rechtsstreit mit der Gemeinde Rosendahl. Ein solches Verfahren sei erfahrungsgemäß sei langwierig.

Ratsmitglied Söller erklärte, dass er den Sachstand des Verfahrens und die Meinung des Gerichts nicht kenne. Möglicherweise wolle das Gericht kein Urteil fällen.

Ratsmitglied Haßler wies darauf hin, dass sie in den zur Verfügung gestellten Unterlagen keinen Hinweis darauf gefunden habe, dass die Gemeinde von der Kommunalaufsicht zur Erhebung der Klage gedrängt worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine solche Aufforderung seitens der Kommunalaufsicht in schriftlicher oder mündlicher Form ergangen sei.

Ratsmitglied Söller stellte die Vermutung an, dass seitens der Kommunalaufsicht eine schriftliche Aufforderung vorliege.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ihm die genauen Einzelheiten der Aktenlage im Moment nicht präsent seien. Aus diesem Grund könne und wolle er sich zum Verfahren nicht mehr weiter äußern.

Ratsmitglied Reints wies abschließend darauf hin, dass das Gerichtsverfahren in der Hand des zuständigen Richters läge. Die Haltung der Versicherung sei hingegen eine völlig andere Angelegenheit. Die Versicherung werde nur dann bezahlen, wenn sie hierzu verpflichtet sei. Er vertrat die Auffassung, dass es in dieser Angelegenheit keinen Vergleich geben könne.

## **11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO**

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Niehues  
Bürgermeister

Dorothea Roters  
Schriftführerin